

Fraktion Bündnis90/Grüne, Walter Neuling

Rede zum Haushalt 2017

Joschka Fischer wurde in einem Interview gefragt, ob er für rot-grün oder schwarz-grün sei. Seine Antwort: das müssten die entscheiden, die heute in der Verantwortung stehen. Er für sein Teil wäre zufrieden, wenn er ordentlich regiert würde.

Diese Antwort zeigt die beiden Seiten der Aufgabe, vor der Politiker aller Ebenen heute stehen: Sie haben dafür zu sorgen, dass das Gemeinwesen funktioniert, die Verwaltung sachgerecht agiert und die Infrastruktur erhalten wird.

Sie haben aber auch dafür zu sorgen, dass im demokratischen Diskurs unterschiedliche Modelle und Visionen gesellschaftlicher Zukunft deutlich werden. Ohne diesen Diskurs verkommt die Demokratie zum „weiter so“ und fällt den Populisten in die Hände

Von dieser Grundhaltung ist unsere Position zum vorliegenden Haushalt 2017 geprägt.

Der Kämmerer hat einen guten Haushaltsentwurf vorgelegt, wenn wir darauf schauen, dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger nach einer „ordentlichen Verwaltung“ zu genügen.

Die Kultur- und Sporteinrichtungen werden erhalten, für die Schulen wird mit Unterstützung des Landesprogramms „Gute Schule 2020“ vieles getan werden können. Straßen, Kanäle und Gebäude werden unterhalten. Die Stadt Detmold widmet sich dem Problem der Wohnungsversorgung für Flüchtlinge und Einheimische durch eigene Bautätigkeit und organisatorische Maßnahmen im Personalbereich. Durch den Ankauf und die Herrichtung eines Verwaltungsgebäudes im ehemaligen Facharztzentrum kann Verwaltungshandeln verbessert werden.

Dem Kämmerer ist es gelungen, die für diese Aufgaben notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen und die Einnahmen so zu gestalten, dass wir einen weitgehend ausgeglichenen Haushalt vorgelegt bekommen.

Dafür gilt dem Kämmerer unser ausdrücklicher Dank.

Haushaltsberatungen sind aber auch Anlass, etwas losgelöst von Zahlen über den Umgang von Politik und Verwaltung mit zentralen gesellschaftlichen Fragen zu reflektieren.

Die LZ hat gerade gestern in großer Aufmachung über den Klimawandel und seine Folgen hier vor Ort in NRW berichtet.

Wenn wir nun aber unseren Blick auf die notwendigen Gegenmaßnahmen richten, sieht das Bild betrüblich aus. Der Slogan aus der Gründerzeit der Grünen „Wir haben diese Erde von unseren Kindern nur geborgt“ ist angesichts des Klimawandels mehr als aktuell.

Kommunen müssen aus unserer Sicht weltweit zu Vorreitern des Klimaschutzes werden, denn nur die Veränderungen die hier im Kleinen beginnen, können auf Dauer global wirken.

Die Stadt Detmold hinkt, wie viele andere Städte auch, dieser Aufgabe nach.

Das unsere CO2 Bilanz trotzdem relativ gut aussieht, geht fast ausschließlich auf die vielen energetisch und ökologischen richtigen Entscheidungen und Projekte der Stadtwerke zurück. Ich möchte daher diese Rede kurz dafür nutzen, dem scheidenden Geschäftsführer der Stadtwerke, Herrn Hüls, für seine Arbeit hier zu danken und ihm alles Gute bei der neuen Aufgabe in Osnabrück zu wünschen. Ich hoffe aber auch auf eine Fortsetzung dieses Weges und eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Geschäftsführer.

Klimaschutz, aber auch Strategien zur Folgebewältigung setzen stabile Ökosysteme voraus. Fläche- und Artenschutz sind hierfür wichtige Voraussetzungen. In diesem Sinne war die Ausweisung eines neuen Gewerbegebiets Balbrede der größte ökologische Sündenfall des vergangenen Jahres.

Kommunale Handlungsfelder im Klimaschutz liegen vor allem in den Bereich Gebäude, Verkehr und Begrünung.

Hinsichtlich der energetischen Sanierung und Verbesserungen haben wir mit dem Niedrig-Energie-Institut und dem zugeordneten Förderprogramm ein gutes Instrument in der Hand.

Der Haushalt 2017 geht von Kostenersparnissen durch ein verringertes Dienstleistungsangebot und ein reduziertes Förderprogramm aus. Dies mag den aktuellen Verhältnissen entsprechen. Wir hätten uns aber gewünscht, dass Initiativen ergriffen werden, um die Beratung und Förderung in der Öffentlichkeit stärker zu bewerben. Der Hinweis auf eine anzustrebende zukünftige Kooperation mit dem Kreis Lippe ist sicher sinnvoll, aber keineswegs hinreichend.

Im Zentrum der Mobilität dieser Stadt steht immer noch der motorisierte Individualverkehr. Bemühungen diesen Zustand in Richtung einer klimaverträglicheren Mobilität zu verschieben, sind losgelöst von Einzelmaßnahmen aus unserer Sicht strukturell nicht erkennbar.

Wir denken zur Zeit über große Summen zur Schaffung von Parkplätzen am Hornschen Tor nach. Alternativen durch Stärkung des ÖPNVs oder des Radfahrens spielen offenbar keine Rolle. Das Parkhaus am Finanzamt wird, wie nicht anders zu erwarten teurer als angenommen und damit noch unwirtschaftlicher, d.h. wir subventionieren sogar noch den Autoverkehr.

Mit dem neuen Parkraumbewirtschaftungskonzept haben wir versucht, den Parksuchverkehr zu lenken. Gleichzeitig soll ein Beitrag für den Haushalt erwirtschaftet werden. Für das Abstellen privater Fahrzeuge im öffentlichen Raum wird eine angemessene Gebühr genommen. Die Vielzahl der Anträge auch aus einzelnen Fraktionen erwecken allerdings das Szenario des Weltuntergangs, wenn diese Regelungen beibehalten werden.

Gleichzeitig soll und kann das neue Parkraumbewirtschaftungskonzept den svd-Busverkehr stärken.

Von daher haben wir allerdings überhaupt kein Verständnis dafür, dass in dieser Situation die CDU und die Freien Wähler Anträge vorlegen, in denen Umfang und Standard unseres guten Busangebotes zur Disposition gestellt wird.

Wir erwarten hier eine massive Werbekampagne für den Busverkehr, um mit der Parkraumbewirtschaftung auch effektiv den Autoverkehr zu reduzieren und Menschen zu Umstieg bewegen.

Genauso wichtig wie der ÖPNV ist die Förderung des Radfahrens. Hier passiert aus unserer Sicht viel zu wenig und das Wenige zu langsam. Dies ist ausdrücklich kein Vorwurf an die Verwaltung, ich kenne die Personalsituation in diesem Bereich. Aber Ressourceneinsatz in der Verwaltung ist immer eine Frage politischer Prioritäten, und da steht der Radverkehr leider ziemlich weit hinten.

Die sinnvolle Neuausrichtung des Radverkehrs durch die weitgehende Abschaffung der Benutzungspflicht für Radwege und die Zunahme der e-bikes ist weder durch technische Maßnahmen noch durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit begleitet worden.

Die Veloroute- West kommt nun zumindest in Teilstücken, Planung für andere Routen werden nicht vorangetrieben. Eine nennenswerte Werbung und Unterstützung des Radfahrens fehlt, das diesjährige Stadtradeln erfolgte zu großen Teilen durch den dankenswerten Einsatz des ADFC.

Ich komme nun zu einem zentralen Anliegen unserer Fraktion auch für den Haushalt 2017, nämlich einer kräftigen Erhöhung der Investitionen in unseren Baumbestand.

Ein entsprechender Antrag liegt Ihnen vor.

Auch im laufenden Jahr mussten wir wieder zahlreiche Baumfällungen und Rodungsaktionen hinnehmen. Insbesondere das vollständige Abräumen der Gehölzbestände auf dem zukünftigen Park- und Ride Gelände am Bahnhof sowie zwischen Leopoldinum und Werre wären aus unserer Sicht in der Form und Radikalität nicht erforderlich gewesen.

Darüber hinaus hat es durch zahlreiche Baumaßnahmen, aber auch durch die Alterung des Baumbestandes in den vergangenen Jahren in Detmold einen signifikanten Verlust an Bäumen gegeben.

Die Aufhebung der Baumschutzsatzung ist neben dem weiteren Verlust von Bäumen auch mit dem Wegfall der Ausgleichzahlungen verbunden.

Daher sollen über das bisherige Maß und die üblichen Haushaltsmittel hinaus zusätzliche Bäume angepflanzt werden. Dabei sollten auch neben Pflanzungen auf öffentlichen Flächen wie in der Vergangenheit bereits geschehen, Bäume für Anpflanzungen auf Privatgrundstücken zur Verfügung gestellt werden.

Ich bitte Sie um die Zustimmung zu unserem Antrag. Angesichts des weitgehenden Verzichts auf Umweltschutzmaßnahmen in diesem Haushaltsentwurf wäre Ihre Zustimmung zumindest ein kleiner Schritt hin zu einer nachhaltigen Entwicklung für Detmold.

Für diese dringenden Zukunftsaufgaben ist die Stadtverwaltung u.E. personell nicht ausgestattet. Seit 2015 ist die koordinierende Stelle des Umweltschutzbeauftragten nicht mehr besetzt und im April dieses Jahres lief die befristete Stelle der „Klimaschutzmanagerin“ ersatzlos aus.

Aus unserer Sicht stellen sich vorrangig zwei Probleme:

- Es bedarf einer Verstärkung im Bereich Förderung des Radfahrens, hier fordern wir den Bürgermeister auf, entsprechende Regelungen zu treffen.
- Wir benötigen eine strategisch denkende Person, die die Aktivitäten zum Thema Klimaschutz bündelt und koordiniert, vor allem auch mit Partnern ausserhalb der Verwaltung, z.B. dem Kreis vorantreibt. Eine solche Funktion lehnt sich an die ehemals besetzte Stelle des „Umweltschutzbeauftragten“ an

Genau diese zur Zeit zwar unbesetzte, aus unserer Sicht aber zwingend erforderliche Stelle soll aus dem Stellenplan gestrichen werden. Wir beantragen daher, diese Stelle nicht zu streichen, sondern zu Beginn des Jahres 2017 eine aktualisierte Aufgaben- und Stellenbeschreibung mit Zuordnung der Stellenwertigkeit zu erstellen um kurzfristig eine Neubesetzung vornehmen zu können.

Ich bitte auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

In der Diskussion des HFA und nachfolgenden Gesprächen ist deutlich geworden, dass unsere Anträge u.U. keine Mehrheit finden werden.

Der Haushaltsentwurf 2017 weist in Hinblick aus Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung keine Perspektiven, er ist andererseits für die notwendige Organisation des Gemeinwesens richtig aufgestellt. Nach langer und intensiver Diskussion hat sich unserer Fraktion daher entschlossen, im Falle der Ablehnung unserer Anträge dem Haushalt dennoch zuzustimmen und den Stellenplan abzulehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit